



Jörg Alt

## Wir verschenken Milliarden

Erkenntnisse des Forschungsprojekts  
„Steuergerechtigkeit und Armut“

# Forschungsprojekt 2013-2016: „Steuergerechtigkeit und Armut – Verringerung des Wohlstandsgefälles und der Staatsverschuldung“

Schwerpunkt auf Bayern,

Unterstützung durch die Bayerischen Staatsministerien für Finanzen, Inneres und Justiz.

Datengrundlage:

- Literaturrecherche
- 23 offiziell vermittelte und 62 „informelle“ Gesprächspartner
- Fragebogen an Ministerien und Parteien
- Zufalls-Meinungsumfrage

These: Wie groß das Wohlstandsgefälle in Deutschland ist, kann nicht genau gesagt werden. Daten legen nahe, dass Armut und Reichtum wachsen, der Mittelstand und die Umverteilungswirkung der Sozialsysteme abnehmen. Dadurch wächst die Polarisierung.

| Was   | Wann | Wieviel | Quelle                              |
|---|------|---------|-------------------------------------|
| Personen mit bedeutenden Einkünften (=Einkommen über 500.000 Euro), ganz Bayern | 2013 | 2.512   | Bayerischer Landtag                 |
| Euro-Einkommensmillionäre, ganz Bayern  | 2010 | 3.132   | Bayerisches Statistisches Landesamt |
| Ultra High Net Worth Individuals, nur München                                   | 2013 | 1.113   | Knight Frank Reichtumsbericht       |
| Ultra High Net Worth Individuals, nur München                                   | 2013 | 1.805   | Wealth-X/UBS Reichtumsbericht       |

These: Wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit liegt nicht nur, aber auch, an Entwicklungen im Steuerrecht.

|                                | 1996   | 2016                  |
|--------------------------------|--|-----------------------|
| Einkommensteuer                | 53%  | 45% („Reichensteuer“) |
| Steuer auf Kapitaleinnahmen    | 53%  | 25%                   |
| Körperschaftsteuer             | 45%  | 15%                   |
| Vermögensteuer                 | 1% (natürliche Personen),<br>0,6% (Körperschaften) | 0%                    |
| Erbschaft- und Schenkungsteuer | Viele Ausnahmen                                    | Viele Ausnahmen       |

# Steuerverwaltung & Entwicklungen in Bayern

|                      |                               |                               |
|----------------------|-------------------------------|-------------------------------|
| <b>Einwohnerzahl</b> | <b>11,24 Millionen (1990)</b> | <b>12,92 Millionen (2014)</b> |
|----------------------|-------------------------------|-------------------------------|

| <b>Firmen nach Größe</b> | <b>2003</b> | <b>2013</b> |
|--------------------------|-------------|-------------|
| Großbetriebe             | 6.906       | 37.067      |
| Mittlere Betriebe        | 12.760      | 158.054     |
| Kleine Betriebe          | 22.006      | 211.882     |

**Steuerbeamte 2003: 15.143**

**Quelle: Bayerische Steuergewerkschaft**

**Steuerbeamte 2014**

**Quelle**

19.063 = 16.261,8 MAK ?

Bayerisches Landesamt für Steuern

14.793 ? (Teilzeit berücksichtigt)

Bayerische Steuergewerkschaft

14.791 ?

Bayerischer Oberster Rechnungshof

These: Mitarbeiter der Bayerischen Steuerverwaltung sehen Sinn in ihrer Arbeit und sind entsprechend motiviert. Sie sind zugleich überastet, was sich in Arbeitsdefiziten, Steuerausfällen sowie einem überdurchschnittlichen Krankenstand widerspiegelt. Viele fühlen ihre „praktischen Sachzwänge“ von den übergeordneten Dienststellen nicht ausreichend gewürdigt.

|      | Fehlzeitenbericht Bayerische Behörden | Steuerverwaltung |
|------|---------------------------------------|------------------|
| 2007 | 9,7 Tage                              | 12,18 Tage       |
| 2009 | 10,4 Tage                             | 13,13 Tage       |
| 2011 | 9,8 Tage                              | 13,25 Tage       |
| 2013 | 9,9 Tage (2014)                       | 12,09 Tage       |

Mangel an Würdigung „praktischer Sachzwänge“  
durch übergeordnete Dienststellen:

- „Ich wollte, die Häuptlinge wären mal Indianer und umgekehrt...“
- „Der beste Chef der Steuerverwaltung wäre der Präsident des Obersten Rechnungshofs“

These: Hinsichtlich der Computerisierung hat Bayern Vorbildliches/Pionierarbeit geleistet. Allerdings halten sich dennoch Entlastung und Mehraufwand bestenfalls die Waage: es kommt zu Ungenauigkeiten und Einnahmeverlusten und auch längerfristig wird kein Computer einen erfahrenen Mitarbeiter ersetzen können.



These: Steuerbeamte bringen deutlich mehr Geld ein als sie kosten. Einwände die politischerseits gegen Mehreinstellungen gegeben werden sind nicht überzeugend.

„Personaleinsparmaßnahmen in der Steuerverwaltung dienen - anders als das Finanzministerium behauptet - gerade nicht der Haushaltskonsolidierung. Mehreinnahmen der Steuerverwaltung schaffen Gestaltungsspielräume in anderen Bereichen oder zum Schuldenabbau.“

(Bayerischer Oberster Rechnungshof, 2012, S. 6f.)

# Wachsende Kritik am Steuerwettbewerb

„Konkurrenz der Staaten um unternehmerische Ansiedlung und Investitionen ist kein Wettbewerb... Diese Rechtfertigung gilt für den Sport, für politische Wahlen und für den wirtschaftlichen Markt, jedoch nicht für Staaten.... 'Wettbewerb' führt in die Selbstaufgabe. Sein Ziel wäre erreicht mit einem Nullaufkommen, dem Tod des Finanzstaates.“

(Paul Kirchhof, 2011, S. III, aber auch OECD, IWF, Knight Frank...)

## Weitere Einnahmenverluste durch *Illicit Financial Flows* und Schattenwirtschaft

- *Illicit Financial Flows* sind grenzüberschreitende, nicht mehr legale, illegale und kriminelle Finanzflüsse, die sichere und lukrative Anlagemöglichkeiten suchen – auch in Deutschland, darunter fallen Geldwäsche, aber auch Steuerhinterziehung oder „aggressive Steuervermeidung“. Sie schaden Entwicklungsländern massiv.
  - Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit floriert auf der Grundlage von Steuer- und Abgabenhinterziehung.
- Die Steuerverwaltung hat aufgrund ihres Zugangs zu Buchhaltungen gute Einblicke um Anfangsverdacht gewinnen zu können.

# Wir verschenken Milliarden?

- 160 Milliarden Euro (Murphy, EU Kommission; Steuerhinterziehung, -vermeidung, Schwarzarbeit)
- 60-90 Milliarden Euro (Henn, Bach/DIW Steuer-  
vermeidung und –hinterziehung Konzerne)
- 75 Milliarden Euro (Steuergewerkschaft;  
Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit)
- 24,8 Milliarden Euro (EU Kommission, nur  
Mehrwertsteuerbetrug)
- 10 Milliarden (Bundesrechnungshof, nur manipulierte  
Registrierkassen)
- 30-100 Milliarden Euro (Bussmann, Henn u.a.;  
Größenordnung an Geldwäsche)
- .....

## Ethische Fragen und Kriterien:

- Inwieweit bzw. wie weit darf der Staat Marktmechanismen übernehmen/befördern („Wettbewerb oder Kooperation“)
- Ist das Gleiche gleich, das Ungleiche ungleich behandelt? (progressive Besteuerung statt „Flat Tax“, Belastung von Arbeit vs. Kapital, Vermögen...)
- Nationales oder globales Gemeinwohl: Widerspruch oder nicht?
- Wieviel darf/muss „Gerechtigkeit“ uns wert sein?
- „Steuern durch/mit Steuern“ bei Marktversagen? (Finanzmarkt, Verbrauch natürlicher Ressourcen...)
- ....

# Alternativen zu Besteuerung für die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit?

- Weniger Profite, dafür bessere Primärlöhne, Investitionen in die Realwirtschaft nach sozialen und ökologischen Kriterien...
- Inclusive Capitalism, Social Responsible Investment, Corporate Social Responsibility, Ethisches Investment...
- Stiftungen
- Spenden
- ...

# Politikempfehlungen

1. *Illicit Financial Flows* und Missbrauch, d.h. aggressive Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Steuerbetrug, Schwarzarbeit etc., bekämpfen.
2. Geltenden Gesetzen Geltung verschaffen.

Voraussetzung: Gut ausgebildetes Personal!

# Rechtlich-politische Harmonisierung und Klärungen der Rahmenbedingungen

- Straftatbestände vereinheitlichen (Steuerhinterziehung, Steuerbetrug...)
- Instrumente der Steuerhinterziehung identifizieren und ggf. verbieten, v.a. Offshore Konstrukte und „innovative Finanzprodukte“
- National und international gleiche Transparenz für alle Steuersubjekte
- Schwarze Listen von Steuerparadiesen und einheitlich-gemeinsame Sanktionsmaßnahmen
- Rechtshilfeabkommen und andere Grundlagen zwischenstaatlicher Zusammenarbeit
- ...



# Institutionelle Reformen

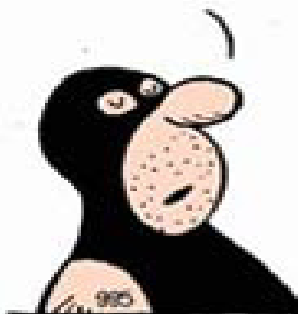
- Dezentral-Zentral-“Koordiniert“?
- Large Taxpayer Offices für private und betriebliche Großvermögen auf Ebene des Bundeszentralamt für Steuern
- Bundesfinanzpolizei für Verbrechen im Wirtschafts- und Finanzbereich aus Steuerfahndung, Polizei, FKS, FIU...
- Europäische Ebene?
- ...

## Wiederherstellung des Prinzips „Besteuerung nach Leistungsfähigkeit“

- Kapitaleinnahmen wieder zum Einkommensteuersatz versteuern, deren Spitzensatz auf 50% erhöht wird.
- Wiederbelebung der Vermögensteuer, aber deren Verrechnung mit Einkommensteuer ermöglichen.
- Auf „Riesenvermögen“ (das 1000fache Medianvermögen übersteigend) eine Erbschaft- und Schenkungsteuer von mindestens 50%.
- Ausgestaltung der Grundsteuer als Reichensteuer?



"EINFACH SO."



# Verantwortungsvolle Politik in der globalen Netzwerkgesellschaft?

